

Politikmagazin Wasserstandpunkt

Aktuell befasst sich ein Untersuchungsausschuss im Landtag NRW mit der Unwetterkatastrophe im Juli 2021. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Ansatzpunkte, um auf solche Starkregen besser vorbereitet zu sein?

Wir wollen den technischen Hochwasserschutz auf den Prüfstand stellen und uns für mehr Überschwemmungsräume für Breit- statt Hochwasser einsetzen. Ufersäume sollen von Bewirtschaftung freigehalten werden. Rückhalteflächen müssen ertüchtigt oder neu angelegt sowie Auenlebensräume aktiviert werden, um weitere Rückhaltevermögen zu schaffen. Einen vermehrten Humusaufbau in der Land- und Forstwirtschaft wollen wir nutzen, um die Wasserspeicherfähigkeit des Bodens zu steigern. Wasserrückhaltegebiete sollen neu geschaffen und dauerhaft erhalten werden. Daneben wollen wir die Hochwassergefahrenkarten sowie Risikokarten überprüfen und überarbeiten. Wir wollen uns für die Erarbeitung von Notfall- und Informationssystemen einsetzen, die eine Informationsweitergabe bei Stromausfall bzw. Ausfall einzelner Glieder der Meldekette gewährleisten. Zudem müssen Bund und Länder die bestehenden Kooperationsmodelle ausbauen, um im Katastrophenfall unkompliziert und schnell reagieren zu können.

Durch die Juli-Katastrophe liegt der Fokus aktuell sehr stark auf dem Thema Hochwasser, in den vergangenen Jahren herrschten im Sommer allerdings vor allen Dingen lange Phasen der Trockenheit. Was sehen Sie hier als die wichtigsten Handlungsfelder?

Hitzesommer führen insbesondere in den Städten zu Hitzestress. Wir müssen daher unsere Städte an die Folgen des Klimawandels anpassen. Wir setzen uns daher für einen Ausbau blauer und grüner Infrastruktur in unseren Städten ein. Neben Wasserflächen in Parks setzen wir auf ein innovatives Wassermanagement. Hierbei ist die Wasserspeicherung „Schwammstadt“ ein wichtiger Baustein. Wir wollen auch Anreize für private Wasserspeicher schaffen. Grünflächen leisten nicht nur einen positiven Beitrag für das Stadtbild, sondern sorgen auch im Hochsommer für Abkühlung. Neben zusätzlichen Grünflächen setzen wir uns für die Aufwertung und Weiterentwicklung von bestehenden Flächen sowie Fassaden- und Dachbegrünungen ein.

Bürokratische Vorgaben im Landesbaurecht, die das Engagement in diesem Bereich ausbremsen, wollen wir weiter abbauen. Zudem werden wir die Städtebau- und Wohnraumförderung weiter an die Belange der Klimaresilienz anpassen.

Die Folgen des Klimawandels sind insbesondere auch in den Städten spürbar. EGLV arbeiten gemeinsam mit den 16 Emscher-Kommunen im Rahmen der Zukunftsinitiative Klima.Werk und des Ruhrkonferenz-Projekts „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“ an der Bewältigung dieser Aufgabe. Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor, um den Umbau zur sogenannten Schwammstadt zu unterstützen? Wie möchten Sie diese finanzieren?

Die Folgen des Klimawandels sind im Alltag bereits spürbar. Starkregenereignisse können in Katastrophen münden und erhebliche Personen- und Sachschäden verursachen. Bereits in Regierungsverantwortung haben wir uns vorgenommen, im Rahmen eines Pilotprojekts mindestens eine Stadt zur „Schwammstadt“ auszubauen. Mit intelligenten Technologien soll Regenwasser nicht in die Kanalisation abgeleitet, sondern im Boden erhalten bleiben - wie bei einem Schwamm. Das ist ein wichtiger Beitrag gegen Überflutungen und zur Kühlung unserer Städte. Diese wichtigen Erkenntnisse aus dem Modellversuch können auch beim Wiederaufbau der von der Flut betroffenen Regionen nutzen und sie mittelfristig in die Städtebauförderung übertragen.

Im vergangenen Jahr stellt das Bundesumweltministerium seine Nationale Wasserstrategie vor: zehn Maßnahmen und Ziele für den verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Wasser bis zum Jahr 2050. Was lässt sich aus diesem Strategiepapier für unser Bundesland ableiten? Wie genau könnte ein solcher Strategieprozess für NRW aussehen?

Durch die Implementierung und Weiterentwicklung von boden- und wasserschonende Techniken wollen wir zusätzlich Wasser einsparen. Mit der Novellierung des Landeswassergesetzes im Jahr 2021 haben wir in Regierungsverantwortung den Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung gesetzlich verankert. Damit ist die öffentliche Trinkwasserversorgung im Krisenfall flächendeckend gewährleistet. Das Konzept der Schwammstadt, wie es die Nationale Wasserstrategie des Bundes anstrebt, wird in NRW bereits erprobt.

Die in der Regierungsverantwortung ausgeweiteten Wasserkooperationen - über 11.700 Landwirtinnen und Landwirte sowie 160 Wasserversorgungsunternehmen bringen sich in die regionalen Wasserkooperationen ein - erweisen sich als Innovations-Treiber für eine gewässerschonende Landbewirtschaftung.

Als erstes Bundesland hat NRW ein eigenständiges Klimaanpassungsgesetz auf den Weg gebracht. Zu dessen Umsetzung hat die Landesregierung eine 15-Punkte-Offensive gestartet. Diese beinhaltet unter anderem die Entwicklung und Umsetzung überbetrieblicher Wasserkonzepte zur Entnahme, Speicherung und Zuleitung von Wasser sowie eine Konzeption zum Umgang mit langanhaltenden Trockenphasen.